

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Letzte Woche fand am 21. September eine Stadtratssitzung statt, in der der städtische Haushalt 2016 verabschiedet wurde. Daneben standen unter anderem folgende Themen auf der Tagesordnung: Interfraktionelle Arbeitsgruppe zur MFA, Wettbewerbsauslobung zur Neugestaltung des Petersberghangs, Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Straße, Wettbewerbsauslobung zur "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" und die Wettbewerbsauslobung zum Bebauungsplan "Quartier Lingel am Steigerwald".

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite <http://buengerinfo.erfurt.de/bi/infobi.php> heruntergeladen werden.

Die Stadt Erfurt bietet zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzungen an: <http://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrat/sitzungen/index.html>

Verabschiedung des Haushalts 2016

Der städtische Haushalt 2016 kam sehr spät. Das ist sehr ärgerlich. Trotzdem ist es wichtig, dass dieser Haushalt jetzt nach den Anhörungen und Diskussionen in den Ausschüssen beschlossen wurde. Damit haben wir wieder eine Grundlage für politisches Handeln. Mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt 2017/18 ist die Verabschiedung des Haushalts 2016 auch eine wichtige Grundlage. Doch davor wird es noch ausgiebige Verhandlungen um das notwendige Haushaltssicherungskonzept geben müssen. Da zwar die Einnahmen der Stadt gestiegen sind, zeitgleich jedoch die Ausgaben (vor allem im Pflichtbereich) deutlich schneller ansteigen, werden wir um eine Haushaltskonsolidierung nicht umhinkommen.

Was den Haushalt 2016 betrifft, haben wir eine breit gefächerte Liste mit Änderungsanträgen erarbeitet. Gemeinsam mit den Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion wurden alle unsere Änderungsanträge beschlossen.

Die CDU-Fraktion – als größte Oppositionsfraktion – übte sich in Arbeitsverweigerung und hat keinerlei Änderungsanträge eingebracht, dafür einige Ausreden. Das ist einfach zu wenig. Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Thumfart fand dafür deutliche Worte:

"Die CDU verzichtet auf Gestaltung. Sie verzichtet damit auch auf den öffentlichen Beweis, dass sie es besser kann. Das wäre ihre Möglichkeit gewesen (...) Schade."

Ja, das Jahr 2016 ist weit fortgeschritten und bis zur Genehmigung des Haushalts 2016 (durch das Landesverwaltungsamt in Weimar) werden sicherlich noch 4-6 Wochen vergehen, und ja, es bleiben dann nur noch wenige Wochen des Jahres 2016 übrig. Trotzdem haben wir im Vorfeld alle unsere Änderungswünsche auf ihre Umsetzbarkeit prüfen und uns von der Stadtverwaltung auch bestätigen lassen.

Unsere Änderungsanträge mussten wir selbstverständlich mit Deckungsvorschlägen untersetzen – diese Einnahmen sind auf der Grundlage der aktuellen Rechnungsergebnisse (Stand Ende Juli 2016) geprüft und somit keine sog. Luftbuchungen, wie es uns die CDU-Fraktion vorwerfen wollte. Im Übrigen bestätigen dies auch die Stellungnahmen der Verwal-

tung zu unseren Anträgen.

Unsere Schwerpunkte konnten wir wie folgt durchsetzen:

- *Klimaschutz/Umweltschutz/Stadtentwicklung:*
 - Aufstockung der Mittel für Begleitmaßnahmen zum Klimaschutzkonzept und für das Klimagutachten
 - Aufstockung der Mittel für Energieeffizienzmaßnahmen an städtischen Gebäuden
 - Aufstockung der Mittel für die Fortschreibung des Landschaftsplans
 - Aufstockung der Zuschüsse für Umweltgruppen, den ADFC, die Lokale Agenda, für die Fuchsfarm und übrige Bereiche (Katzenkastration)
 - Aufstockung der Mittel für Gutachten zu Altlasten (hier ist die alleine die Stadt zuständig, und rund um das Gelbe Gut wird es noch genügend zu begutachten geben)
 - Aufstockung der Mittel für Bürgerbeteiligung
- *Soziales:*
 - auskömmliche Finanzierung des gesamten Jugendförderplans
 - Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen
 - Aufstockung der Zuschüsse für das Stadtteilzentrum Herrenberg
- *Kultur:*
 - Aufstockung der Mittel für Kulturvereine, für die Bachwochen, für das Tanztheater und für die Schotte;

Zusätzlich brachten unsere RR-Kooperationspartner Änderungen ein – wie bspw. eine neue Haushaltsstelle für Kleinreparaturen an Radwegen. Solche Maßnahmen sind in der Vergangenheit aufgrund der fehlenden Haushaltsstelle für sich allein nicht umsetzbar gewesen, wenn sie nicht Teil einer größeren Baumaßnahme waren.

Interfraktionelle Arbeitsgruppe zur MFA

Die Bunte Fraktion wollte eine "Interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Untersuchung aller Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bau und der Betreibung der Multifunktionsarena ins Leben rufen." Allein schon der Titel ist derart unhandlich und tendenziell allumfassend, dass man sofort an einen Untersuchungsausschuss denken musste. Nur – in der Kommunalpolitik gibt es das Instrument des Untersuchungsausschusses nicht. Der Stadtrat kann einladen, aber nicht vorladen. Zudem gibt es mit dem Werksausschuss MFA bereits einen eigenen Ausschuss für die MFA. Und dieser Ausschuss hat seit Jahren intensiv und kritisch den Bau der Arena begleitet. Es kann also gar keine Rede sein von mangelnder Transparenz oder gar Vernebelung. Natürlich ist die aktuelle Situation rund um die neue Betreibergesellschaft nicht schön, und es wurde eine Reihe von Fehlern bzw. Fehlannahmen für die Anfangsphase gemacht. Die Fehlannahmen verteilen sich jedoch auf viele Schultern, der Bauverzug hat die Sache zugespitzt, nicht jedoch ausgelöst. Dafür sind Lösungen und Korrekturen zu suchen – und wir werden diese finden müssen. Dies ist jedoch keine Geheimsache – alle Unwägbarkeiten wurden und werden öffentlich im Werksausschuss und im Stadtrat diskutiert. Die Stadtratsdebatte nahm dann letzten Mittwoch auch sonderbare und teilweise kafkaeske Züge an.

Einerseits hielten sowohl die Bunte Fraktion als auch die CDU-Fraktion immer wieder die Transparenz hoch, die man doch damit schaffen wolle. Es ginge nicht darum, Personen vorzuführen oder deren Rücktritt zu fordern (wie schon oft passiert), es ginge einzig und alleine

um mehr Transparenz nach außen. Zugleich fiel man in den jeweiligen Redebeiträgen dann doch wieder auf persönliche Abrechnungen zurück.

Die Ironie dabei: Die Bunte Fraktion hat mit der Person des Ausschussvorsitzenden des Werksausschusses MFA den Schlüssel in der Hand. Der Vorsitzende – nun eben aus der Fraktion der Bunten selber - kann die Tagesordnung einer jeden Ausschusssitzung gestalten, kann Leute einladen und öffentlich anhören, kann sich Akten zeigen lassen. Das Akteneinsichtsrecht haben im Übrigen alle Fraktionen – in der Sache MFA wurde dieses Recht bislang von genau einem Stadtratsmitglied wahrgenommen – und es war nicht der Vorsitzende des Werksausschusses MFA.

Der FDP-Vertreter der Bunten Fraktion glänzt in beinahe allen Ausschuss- und Stadtratssitzungen mit sehr überschaubaren Anwesenheitszeiten – dafür lässt er sich regelmäßig "fachkundig" über den Fortgang der Realisierung der MFA in der Tagespresse aus. Wenn man also in den entsprechenden Gremien kaum anwesend ist, von seinem Akteneinsichtsrecht nicht Gebrauch macht und als zuständiger Ausschussvorsitzender eine Menge Instrumente zur Klärung offenbar ungenutzt in der Hand hält, dann sollte man keine Untersuchungsausschüsse fordern.

Zuerst sollte die Bunte Fraktion ihre Rechte auf Akteneinsicht und auf die Gestaltung des Werksausschusses wahrnehmen. Dann sollte ein Drittel der Bunten Fraktion die Pflicht zur Teilnahme an den Gremiensitzungen wahrnehmen. Wenn dann noch Fragen offen sind, können wir gerne an der Sache entlang diskutieren und für noch mehr Transparenz sorgen.

So, wie der Antrag der Bunten Fraktion eingebracht wurde, muss man leider von einem populistischen Vorwahlkampfmanöver sprechen.

Als RRG-Kooperation haben wir der Bunten Fraktion mit einem geänderten Antrag entsprechend empfohlen, die Rechte und Pflichten des öffentlichen Werksausschusses wahrzunehmen. Es gibt genug zu tun, ohne die populistische Karte zu spielen. Die weitere Arbeit an der MFA wird anstrengend genug.

Wettbewerbsauslobung zur Neugestaltung des Petersberghangs

Bei dieser Wettbewerbsauslobung ging es um die Neugestaltung des Petersberghangs zum Domplatz hin – der Hang über der Tiefgarageneinfahrt. Prinzipiell ist diese Auslobung begrüßenswert, eine konkrete Aufstiegshilfe für die Zeit der BUGA ist damit aber noch nicht definiert, wenn auch mitbedacht. Da das kleine Wäldchen rechts daneben (Richtung Polizei/hinter Landgericht) eine kleine Oase der Biodiversität ist, war es uns wichtig, dass dieses Stückchen Natur nur im äußersten Bedarfsfall mit in die Planungen einbezogen wird. Darum wollten wir, dass das Wäldchen nur dann für die Wegeführung eingeplant wird, wenn die Barrierefreiheit nicht anders zu realisieren wäre.

Konkret heißt nun die beschlossene Wettbewerbsauslobung in diesem Punkt:

„Nur wenn es zur Herstellung der Barrierefreiheit erforderlich ist, kann punktuell und unter Beachtung der naturschutzfachlichen Rahmenbedingungen für die Wegeführung auch das nördlich angrenzende Waldstück (Geschützter Landschaftsbestandteil) mit einbezogen werden.“

Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Straße

Wir haben diesen nun beschlossenen SPD-Antrag gerne unterstützt. Demnach soll auf den Maßnahmenkatalog des Lärmaktionsplanes zurückgegriffen werden. Nach Tempo 30 (nachts) ist die Reduzierung des Straßenquerschnitts auf zwei überbreite Fahrstreifen die nächstliegende Maßnahme zur Lärmreduzierung. Der Radverkehr scheint jedoch in der Cla-

ra-Zetkin-Straße schwierig darstellbar zu sein. Darum sind heute schon die dortigen Fusswege für den Radverkehr freigegeben. Parallel zur Clara-Zetkin-Straße gibt es ja die Fahrradstraße in der Windhorststraße & Friedrich-Ebert-Straße (das scheint uns in der Tat die sicherere Variante zu sein im Augenblick). Wichtig wird nun vor allem sein, dass die Anwohner beteiligt werden und gemeinsam mit ihnen mehrere Varianten entwickelt werden.

Wettbewerbsauslobung zur "Wohnbebauung Max-Reger-Straße"

Hier ging es um die Grundzüge der Wettbewerbsauslobung für diese Wohnbebauung zwischen Arbeitsagentur und Wirtschaftsministerium. In diesen Grundzügen finden sich bisher nur sehr allgemeine Vorgaben, welche zudem noch sehr unkonkret waren – bspw. ohne jeglichen Bezug auf ökologische Vorgaben oder Auflagen. Ludger Kanngießer hat dies für uns im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt thematisiert. Im Ergebnis wurde nun folgende Ergänzung aufgenommen und auch so beschlossen:

"Eine Auseinandersetzung mit naturnahen Varianten zur Klimaanpassung, z. B. zur Abpufferung von Hitzeereignissen oder Starkregenniederschlägen, wird erwartet."

Wettbewerbsauslobung zum Bebauungsplan "Quartier Lingel am Steigerwald"

Diese Wettbewerbsauslobung bezog sich auf die Lingel-Fläche. Hier soll eine Wohnbebauung entstehen. Analog zur Max-Reger-Str. hatte Ludger Kanngießer auch hier das Thema Ökologie und Klimaanpassung thematisiert. Der Investor zeigte sich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sehr offen und sicherte zu, schon der Wohnqualität wegen so viele Bäume wie nur möglich erhalten zu wollen. Darum brachten wir folgenden Ergänzungsantrag ein:

- *„Naturnahe Varianten zur Klimaanpassung, z.B. zur Abpufferung von Hitzeereignissen oder Starkniederschlägen sind einzuplanen.“*
- *„Der Erhalt von Bäumen mit eingeschränkter Erhaltungswürdigkeit ist wünschenswert, mindestens sind jedoch 50 % der Bäume dieser Kategorie zu erhalten.“*

Die 1. Ergänzung wurde problemlos beschlossen, die 2. nicht, obwohl wir diese Formulierung während der Debatte aufgeweicht haben. Ein weiteres Beispiel dafür, dass wir als Grüne Fraktion beim Thema Baumerhalt solange allein auf weiter Flur sind, solange sich keine Bürgerinitiative für die konkreten Bäume interessiert.

Mit besten Grüßen,

Prof. Dr. Alexander Thumfart, Fraktionsvorsitzender